



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit Öffentlichem Anzeiger

Herausgeber: Bezirksregierung Arnsberg

Amtsblatt-Abo online
Info unter
<http://www.becker-druck.de>

Arnsberg, 27. März 2010

Nr. 12

Inhalt:

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

Verordnungen

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung von Fisch- und Laichschonbezirken an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-, Lister- und Biggetalsperre im Regierungsbezirk Arnsberg vom 8. März 2010 S. 81

Bekanntmachungen

Antrag der Firma Olsberg Hermann Everken GmbH auf Genehmigung zur Änderung der Eisengießerei gemäß § 16 BImSchG S. 83 – Bekanntmachung der Genehmigung für die Firma Max W. Claas GmbH & Co. KG,

Rahmedstr. 127, 58762 Altena zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Oberflächenbehandlung von Metallen auf dem Betriebsgrundstück Rahmedestr. 375, 58762 Altena S. 84

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

Verlust- und Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen S. 85 – Kraftloserklärung der Sparkasse Wittgenstein S. 85 – Aufgebote der Sparkasse Bochum S. 85 + S. 86 – Kraftloserklärung der Sparkasse Witten S. 86

B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

VERORDNUNGEN

134. Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung von Fisch- und Laichschonbezirken an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-, Lister- und Biggetalsperre im Regierungsbezirk Arnsberg vom 8. März 2010

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Schutzgebiet

§ 2 Schutzzweck und Schutzziel

§ 3 Verbote

§ 4 Ausnahmen

§ 5 Ordnungswidrigkeiten

§ 6 Inkrafttreten/Außerkräfttreten

Aufgrund des § 44 in Verbindung mit § 52 Landesfischereigesetz Nordrhein-Westfalen (LFischG) SGV NRW 793 wird im Einvernehmen mit der oberen Wasserbehörde verordnet:

§ 1

Schutzgebiet

In den Kreisen Soest, Olpe, Märkischer Kreis und Hochsauerlandkreis werden in den genannten Talsperren folgende Bereiche als Schonbezirke ausgewiesen:

1. Hennetalsperre:

- a) die Horbachbucht bis zur Bojenkette als Fischschonbezirk
- b) das westliche der B 55 gelegene Seitenbecken bei Mielinghausen als Laichschonbezirk I
- c) die Talsperre nördlich des Vordamms bei Mielinghausen bis zur von Schildern markierten Linie über das Wasser von der Bootsslipanlage an der B 55 südlich Enkhausen zur Ausbuchtung am Ostufer in der Höhe der Weggabelung als Laichschonbezirk III
- d) die Berghäuserbucht am Nordwestufer der Talsperre auf einer Linie vom Schild am Weg südöstlich der Bucht bis zum Ufer auf Höhe der Steganlage Segelclub und von dort zum Schild am Ufer unterhalb des Hennesee-Hotels als Laichschonbezirk III
- e) die Bucht vom Süden des Staudamms bis zum Schild auf der Spitze der westlich gelegenen Landzunge als Laichschonbezirk III.

2. Mönnetalsperre:

- a) der Anfang des Wameler Beckens am Einlauf der Möhne nordöstlich der Kanzelbrücke als Fischschonbezirk
- b) das bei Wamel gelegene Seitenbecken (Wameler Fischteich) als Fischschonbezirk
- c) der der Halbinsel zwischen Heve- und Hauptbecken vorgelagerte Bereich, welcher zur Seeseite mit einer Bojenkette abgegrenzt ist als Laichschonbezirk I
- d) die Bucht im Freizeitpark Körbecke von der Uferpromenadenbrücke nach Norden als Laichschonbezirk I
- e) das Seitenbecken an der Nordseite des Sees, östlich von Stockum als Laichschonbezirk I
- f) die drei kleinen Seitenbecken an der Westseite des Hevearms, mit Ausnahme des Beckens an der Einmündung des Schlibbecke-Bachs als Laichschonbezirk I
- g) die Simmeckeabucht südlich der K 8, im Bereich der Einmündung der Simmecke, zwischen Löershof und Zuckerberg, als Laichschonbezirk I. Die Enden sind durch Schilder markiert. Für Bootsangler gilt die gedachte Linie über das Wasser zwischen beiden Schildern.

3. Sopetalsperre:

- a) die Bucht am Einlauf der Hesper bis zur Beschilderung als Laichschonbezirk I
- b) die Münsterbucht am Ostufer der Talsperre, seeseitig abgegrenzt durch die gedachte Linie zwischen den beiden Schildern an den Endpunkten der Bucht, als Laichschonbezirk II
- c) die Talsperre nördlich des Vordamms (L 687), bis zum Nordende der zweiten Einbuchtung des Westufers. Von dort nach Osten über das Wasser zum Nordende der Bucht (beide Punkte sind mit Schildern markiert), als Laichschonbezirk II
- d) die Settmeckeabucht, seeseitig abgegrenzt durch die gedachte Linie zwischen den beiden Schildern an den Endpunkten der Bucht, als Laichschonbezirk II.

4. Versetalsperre:

- a) die Hokühlbucht bis zur Straßenbrücke als Laichschonbezirk II
- b) das Vorbecken als Laichschonbezirk II.

5. Listertalsperre:

- a) die Bucht bei Herpel bis zur Beschilderung als Laichschonbezirk I
- b) die Bucht bei Hunswinkel bis zur Beschilderung als Laichschonbezirk I.

6. Biggetalsperre:

- a) das Ufer der Insel Gilberg und die Ackerschottbucht innerhalb der Bojenkette als Fischschonbezirk
- b) der südliche Teil des Vorbeckens bei Olpe vom Einlauf der Brachtpe bis zur Beschilderung als Laichschonbezirk II
- c) die Bremgebucht mit Vorbecken bis zu den mit Schildern markierten Endpunkten als Laichschonbezirk II

- d) die Dumickebucht vom Damm des Vorbeckens bis zur L 512 als Laichschonbezirk II
- e) die Kessenhammerbucht vom Damm des Vorbeckens, nördlich bis zur L563 als Laichschonbezirk II
- f) der Bereich nördlich vom Damm Eichhagen, östlich bis zur Markierung mit Schildern von der Spitze der Landzunge zum Südufer als Laichschonbezirk II
- g) die Waldenburger Bucht ab der Bootszufahrt bis zur Beschilderung am Süden der Bucht als Laichschonbezirk II.

Die Grenzen der geschützten Gebiete sind in den anliegenden **Karten** durch rote Markierung dargestellt:

Fischschonbezirke sind völlig rot,

Laichschonbezirke I rot gestreift,

Laichschonbezirke II rot gepunktet

Laichschonbezirke III rot gekreuzt

markiert.

Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

§ 2

Schutzzweck und Schutzziel

Die Unterschutzstellung erfolgt gemäß § 44 LFischG Abs.1 a) für Gewässer oder Gewässerteile, die für die Erhaltung bestimmter Fischarten von besonderer Bedeutung sind (Fischschonbezirke) und Abs.1 b) für Gewässerteile, die besonders geeignete Laich- und Aufwuchsplätze für die Fische sind (Laichschonbezirke).

§ 3

Verbote

1) Im Fisch- und Laichschonbezirk sind alle Handlungen verboten, die die Fortpflanzung und den Bestand der Fische, Neunaugen, zehnfüßigen Krebse und Muscheln, einschließlich des Laichs gefährden.

2) Insbesondere ist verboten:

- a) der Ausbau des Gewässers
- b) die Entnahme fester Stoffe insbesondere von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Kies und Steinen,
- c) das Aufschütten, Verfüllen oder Abgraben der Ufer,
- d) die fischereiliche Nutzung:

Im Fischschonbezirk ganzjährig.

In den Laichschonbezirken I in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 7. des Jahres.

In den Laichschonbezirken II in der Zeit vom 1. 11. bis 15. 6. des Jahres.

In den Laichschonbezirken III in der Zeit vom 1. 4. bis 15. 6. des Jahres.

3) Ausgenommen von den vorgenannten Verboten sind:

- a) für den ordnungsgemäßen Talsperrenbetrieb notwendige Maßnahmen;
- b) Maßnahmen des Gewässerausbaus gemäß § 67 Wasserhaushaltsgesetz (WHG),
- c) Maßnahmen der Gewässerunterhaltung nach § 39 WHG,
- d) berufsfischereiliche Maßnahmen des Fischereirechtsinhabers zur Herstellung und Erhaltung ei-

nes der Größe und Beschaffenheit des Gewässers entsprechenden, artenreichen, heimischen Fischbestandes.

§ 4

Ausnahmen

Vom Verbot zu § 3 kann die untere Fischereibehörde auf schriftlichen Antrag eine Ausnahmegenehmigung erteilen, wenn dies aus wichtigen Gründen wie wissenschaftlichen Untersuchungen, Maßnahmen zur künstlichen Erbrütung etc. erforderlich ist. Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 55 Abs. 1 Nr. 7 Landesfischereigesetz NRW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen § 3 dieser Verordnung verstößt.
- (2) Nach § 55 Abs. 3 Landesfischereigesetz NRW können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 5000,- EUR geahndet werden.

§ 6

Inkrafttreten/Außerkräftreten

- (1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg in Kraft. Im übrigen tritt die Verordnung 20 Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten außer Kraft.

51.3.1-6.3

Arnsberg, den 8. März 2010

Bezirksregierung Arnsberg
als obere Fischereibehörde

gez. Helmut Diegel

Regierungspräsident

(865)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 81

BEKANNTMACHUNGEN

135.

Antrag der Firma

Olsberg Hermann Everken GmbH auf Genehmigung zur Änderung der Eisengießerei gemäß § 16 BImSchG

Bezirksregierung Arnsberg Lippstadt, 18. 3. 2010
53-LP 900-56.0014/08/0307.1-Bor

Öffentliche Bekanntmachung

Die Firma Olsberg Hermann Everken GmbH, Hüttenstraße 38, 59939 Olsberg, beantragt gemäß §§ 6 und 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz eine Genehmigung zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb ihrer Eisengießerei in 59939 Olsberg, Hüttenstraße 38, Gemarkung Olsberg, Flur 10, Flurstück 634.

Die beantragte Änderung umfasst:

- Erweiterung der Betriebszeiten der Betriebseinheit 1 „Schmelzbetrieb“, (Kupolofen, Warmhalteofen, MF-Tiegelofen, Gattierung und den dazugehörigen Entstaubungsanlagen) von 16 h/Tag auf 24 h/Tag;
- Nutzung des für Duplexbetrieb und zum Warmhalten genehmigten MF-Tiegelofen (werktätlich 24 Std.) alternativ auch zum Schmelzen von Eisen;

- Erhöhung der Schmelz- und Gießleistung von 112 t/Tag auf 208 t/Tag.

Ein Nachtbetrieb zum Verarbeiten von geschmolzenem Eisen aus den Warmhalteöfen wird bereits seit einigen Jahren durchgeführt.

Das beantragte Vorhaben bedarf einer Genehmigung gemäß § 16 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in Verbindung mit Nr. 3.7, Spalte 1 des Anhangs der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV), da es sich um eine der dort genannten Anlage – Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t oder mehr je Tag – handelt.

Ebenfalls gehört die Eisengießerei zu den unter Nr. 3.7.2, Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) genannten Eisengießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t Gussteilen oder mehr je Tag.

Für diese Anlagen ist im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 c, Satz 1 UVPG vorzunehmen.

Die Bewertung aufgrund der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass durch das geplante Vorhaben im Bereich des v. g. Standortes keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen können.

Das Vorhaben bedarf daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Vorschriften des UVPG. Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Die gemäß § 3 a UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit erfolgt mit dieser Bekanntmachung. Die Entscheidungsgründe liegen im Dienstgebäude der Bezirksregierung Arnsberg, Standort Lippstadt, Lipperoder Str. 8, 59555 Lippstadt, Zimmer 239, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen in der Zeit vom

6. 4. 2010 bis einschließlich 6. 5. 2010

bei der Bezirksregierung Arnsberg, Standort Lippstadt, Lipperoder Straße 8, 59555 Lippstadt, Zimmer 340

montags bis donnerstags von	8.30 Uhr bis 12.00 Uhr
und	von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr
freitags	von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr
und	von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

sowie

im Rathaus der Stadt Olsberg, Fachbereich Bauen und Stadtentwicklung, Bigger Platz 6, 59939 Olsberg, Zimmer 217

montags bis freitags	von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr
dienstags	von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr
donnerstags	von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr
freitags	von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

aus und können dort während der vorgenannten Zeiten, mit Ausnahme von gesetzlichen Feiertagen, eingesehen werden.

Zusätzliche Terminvereinbarungen sind im Einzelfall möglich:

1. bei der Bezirksregierung Arnsberg, Standort Lippstadt unter Tel.-Nr. 02931/82-5848;
2. bei der Stadt Olsberg, Fachbereich Bauen und Stadtentwicklung, unter Tel.-Nr. 02962/982-255.

Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben können in der Zeit vom **6. 4. 2010** bis einschließlich **20. 5. 2010** schriftlich bei den Stellen, bei denen der Antrag und die dazugehörigen Unterlagen zur Einsichtnahme ausliegen bzw. ausgelegt haben, erhoben werden. Die Einwendungen müssen die volle leserliche Anschrift der Einwenderin / des Einwenders tragen.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Die Einwendungsschreiben werden zur Stellungnahme an den Antragsteller weitergegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit die Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendung erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird, in dem dann die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen erörtert werden. Diese Entscheidung wird öffentlich bekannt gemacht.

Der eventuelle Erörterungstermin findet am

**22. 6. 2010, 10.00 Uhr,
im Ratssaal des Rathauses,
Bigger Platz 6, 59939 Olsberg,**

statt. Soweit die Erörterung an diesem Termin nicht abgeschlossen wird, kann sie am nächsten Tag oder an einem anderen Termin fortgesetzt werden.

Der Erörterungstermin ist öffentlich. Das Recht, sich an der Erörterung zu beteiligen, haben jedoch neben den Vertretern der beteiligten Behörden und dem Antragsteller und dessen Beauftragten nur diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben. Zur Feststellung der Identität sind Ausweispapiere beim Erörterungstermin bereitzuhalten. Vertreter von Einwendern haben eine schriftliche Vollmacht vorzulegen. Besondere Einladungen zum Erörterungstermin ergehen nicht.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder bei Ausbleiben von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Zustellung der Entscheidung über das Vorhaben an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Im Auftrag:

gez. H. Borgelt

(585)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 83

136.

Bekanntmachung

gem. § 21 a der 9. BImSchV der Genehmigung für die Firma Max W. Claas GmbH & Co. KG, Rahmedestr. 127, 58762 Altena zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Oberflächenbehandlung von Metallen auf dem Betriebsgrundstück Rahmedestr. 375, 58762 Altena

Bezirksregierung Arnsberg Dortmund, 27. 3. 2010
53-DO -0096/09/0310.1-Bj/Harz

Öffentliche Bekanntmachung

Auf Antrag der Firma Max W. Claas GmbH 6 Co. KG, Rahmedestr. 127, 58762 Altena wurde mit Bescheid vom 19. 3. 2010, Az.: 53-DO-0096/09/0310.1-Bj/Harz, die Genehmigung gemäß §§ 4 und 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830) in der zurzeit geltenden Fassung zur Errichtung/Erweiterung der Oberflächenbehandlungsanlage auf dem Betriebsgrundstück Rahmedestr. 375, 58762 Altena, Gemarkung Altena, Flur 53, Flurstücke 241, 227, 100, 230 und 231, erteilt.

Gemäß § 21 a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001) in der zurzeit geltenden Fassung wird die Entscheidung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

A Genehmigungsumfang

Die Genehmigung umfasst im Wesentlichen:

1. Die Erweiterung der baurechtlich genehmigten Tunnelhauben-Drahtbeize BZ 01 um zwei weitere HCL-Bäder auf ein Wirkbadvolumen von 48 m³.
2. Die Errichtung und den Betrieb einer weiteren Tunnelhauben-Drahtbeizeanlage BZ 02 mit 3 HCL-Beizbädern und einem Wirkbadvolumen von 36 m³.
3. Conti-Betrieb aller genehmigungsbedürftigen Anlagen an Werk-, Sonn- und Feiertagen in 3-schichtiger Betriebsweise.

Das Wirkbadvolumen der Anlage wird durch die vorgenannten Erweiterungen von 24 m³ auf 84 m³ erhöht.

Die Anlage gehört zu den unter Nr. 3.10, Spalte 1 des Anhangs der vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlage - 4. BImSchV) vom 14. 3. 1997 (BGBl. I S. 504) in der zurzeit geltenden Fassung, genannten Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren mit einem Volumen der Wirkbäder von 30 m³ oder mehr.

B Einwendungen

Gegen das Vorhaben wurden keine Einwendungen erhoben

C Nebenbestimmungen

Zur Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen (§ 6 BImSchG) wurde die Genehmigung unter Festsetzung von Nebenbestimmungen erteilt. Insbesondere wurden Auflagen zum Immissions-, Arbeits- und Brandschutz sowie Wasserrecht festgelegt.

D Rechtsmittelbelehrung

Gegen den Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 19. 3. 2010, Az.: 53-DO-09096/09/0310.1-Bj/Harz, kann innerhalb eines Mo-

nats nach Zustellung des Bescheides Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgesamt Arnberg in 59821 Arnberg, Jägerstraße 1 einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollten ihr zwei Abschriften beigelegt werden. Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet.

Der Genehmigungsbescheid wurde der Antragstellerin zugestellt. Die Genehmigung gilt mit Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, gemäß § 10 Abs. 8 BImSchG als zugestellt.

E Auslegung

Der Genehmigungsbescheid und die zugehörigen Unterlagen liegen 2 Wochen in der Zeit vom

6. April bis einschl. 20. April 2010

bei der Bezirksregierung Arnberg, Ruhrallee 1-3, 44139 Dortmund, Zimmer 623, sowie der Stadt Altena, Lüdenscheider Str. 25/25, 58762 Altena, Zimmer 1.18, aus und können während der Dienststunden eingesehen werden.

Im Auftrag:

gez. Bajer

(387)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 84

C Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

137. Verlust- und Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Stadt Lippstadt Lippstadt, 17. 3. 2010
Der Bürgermeister
10/52

Der Dienstausweis Nr. 240 der Beschäftigten Birgit Blumenröhr, 59555 Lippstadt, Lipperoder Straße 8 a, ausgestellt am 20. 2. 2008 vom Bürgermeister der Stadt Lippstadt, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

gez. Sommer

Bürgermeister

(65)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 85

138. Verlust- und Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Polizeipräsidium Dortmund Dortmund, 10. 3. 2010
Dir ZA/ZI 2/Dez. 22 – 58.02.09

Der Dienstausweis Nr. 0549380, ausgestellt am 11. 8. 2009 für Michael Herbig, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Im Auftrag:

gez. Willmes, RA

(51)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 85

139. Kraftloserklärung der Sparkasse Wittgenstein

Durch Beschluss des Vorstandes werden die unten näher bezeichneten Sparurkunden gemäß § 13 SpkVO für kraftlos erklärt.

Die entstandenen Kosten tragen die Antragssteller.

Kontonummer: 31 141 583

Kontonummer: 34 727 396

Tatbestand und Entscheidungsgründe:

Die Antragssteller haben den Verlust der Sparurkunden und die Tatsachen, von denen ihre Berechtigung abhängt, glaubhaft gemacht.

Die Aufgebote sind durch Aushang in der Schalterhalle der Sparkasse Wittgenstein, sowie durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnberg bekannt gemacht worden.

Rechte Dritter auf die Urkunden sind vor der Kraftloserklärung nicht angemeldet worden.

Bad Berleburg, 9. 3. 2010

Sparkasse Wittgenstein

Der Vorstand

gez. 2 Unterschriften

(110)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 85

140. Aufgebot der Sparkasse Bochum

Der Gläubiger hat das Aufgebot des Sparbuches Nr. 301 444 329 beantragt.

Aus diesem Grund wird hiermit die Sperre des Guthabens angeordnet.

Der **jetzige** Inhaber des von der Sparkasse Bochum ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 301 444 329 wird hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten, spätestens in dem am 28. 6. 2010, 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Sparkassenvorstand anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches anzumelden, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches erfolgen wird.

B 8/10

Bochum, 11. 3. 2010

Sparkasse Bochum

Der Vorstand

L. S. gez. 2 Unterschriften

(91)

Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 85

141. Aufgebot der Sparkasse Bochum

Der Gläubiger hat das Aufgebot des Sparbuches Nr. 410 619 886 beantragt.

Aus diesem Grund wird hiermit die Sperre des Guthabens angeordnet.

Der **jetzige** Inhaber des von der Sparkasse Bochum ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 410 619 886 wird hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten, spätestens in dem am 28. 6. 2010, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Sparkassenvorstand anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches

anzumelden, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches erfolgen wird.

Sch 9/10

Bochum, 11. 3. 2009

Sparkasse Bochum

Der Vorstand

L. S. gez. 2 Unterschriften

(91) Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 85

142. **Aufgebot der Sparkasse Bochum**

Der Gläubiger hat das Aufgebot des Sparbuches Nr. 300 117 553 beantragt.

Aus diesem Grund wird hiermit die Sperre des Guthabens angeordnet.

Der **jetzige** Inhaber des von der Sparkasse Bochum ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 300 117 553 wird hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten, spätestens in dem am 28. 6. 2010, 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Sparkassenvorstand anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches anzumelden, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches erfolgen wird.

O 10/10

Bochum, 11. 3. 2010

Sparkasse Bochum

Der Vorstand

L. S. gez. 2 Unterschriften

(91) Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 86

143. **Aufgebot der Sparkasse Bochum**

Der Gläubiger hat das Aufgebot des Sparbuches Nr. 311 169 866 beantragt.

Aus diesem Grund wird hiermit die Sperre des Guthabens angeordnet.

Der **jetzige** Inhaber des von der Sparkasse Bochum ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 311 169 866 wird hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten, spätestens in dem am 28. 6. 2010, 10.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Sparkassenvorstand anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches anzumelden, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches erfolgen wird.

T 11/10

Bochum, 11. 3. 2010

Sparkasse Bochum

Der Vorstand

L. S. gez. 2 Unterschriften

(91) Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 86

144. **Kraftloserklärung der Sparkasse Witten**

Das von der Sparkasse Witten ausgestellte Sparkassenbuch mit der Nummer 307 037 176, wird hiermit, nachdem die Aufgebotsfrist abgelaufen ist, gem. Abschnitt 6 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Sparkassengesetz für kraftlos erklärt.

Witten, 15. 3. 2010

sch

Sparkasse Witten

Der Vorstand

gez. Maasche i. A. gez. Imming

(61) Abl. Bez. Reg. Abg. 2010, S. 86

Erscheint wöchentlich: Amtsblatt mit Öffentlichem Anzeiger, Abo (eMail oder Post): 13,60 € je Halbjahr.

Einrückungsgebühren für eine Veröffentlichung im Umfang von:

bis 100 mm = 0,40 € pro mm,

bis 300 mm = 0,30 € pro mm,

über 300 mm = 0,29 € pro mm.

Die genannten Preise enthalten 7 % Mehrwertsteuer.

Abonnement-Bezug durch die Deutsche Post AG oder per eMail: hoffschulte@becker-druck.de

Einzelstücke werden nur durch F. W. Becker GmbH, 59821 Arnsberg, Grafenstraße 46, zum Stückpreis von 2,50 € inkl. Mehrwertsteuer und Versand ausgeliefert.

Herausgeber: Bezirksregierung Arnsberg, 59817 Arnsberg, Postfach, Tel. (0 29 31) 82 26 20, Telefax (0 29 31) 8 24 03 86

Druck, Verlag und Vertrieb:

F. W. Becker GmbH

Grafenstraße 46 · 59821 Arnsberg

Tel. 0 29 31/52 19-0 · Fax 0 29 31/52 19-33



Einsendungen für das Regierungsamtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger sind nur an die Bezirksregierung – Reg.-Amtsblatt – in 59817 Arnsberg, Postfach, zu richten. Redaktionsschluss: Freitag der Vorwoche, 12.00 Uhr.

Öffentlicher Anzeiger

zum Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg

Beilage zur Nr. 12 vom 27. März 2010

Aufgebote

347. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Arnsberg vom 17. März 2010 – 12 C 415/09 – ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Neheim-Hüsten Blatt 5431 in Abteilung III unter Nr. 5 für das Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hameln, eingetragene Hypothek über 17 500,- DM nebst 6 % Zinsen, auf Antrag des Herrn Wilhelm Niemand, Weidenhang 7, 59755 Arnsberg, vertreten durch die Rechtsanwälte Wübbecke pp. in 59755 Arnsberg, für kraftlos erklärt worden.

12 C 415/09 (2/58)

Arnsberg, 17. 3. 2010 Amtsgericht

348. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotssache

1. Frau Ruth Hillebrand, In der Helle 19, 59929 Brilon,
2. Frau Martina Mause, Nordstraße 48, 41352 Korschbroich,
3. Herr Tobias Hillebrand, Haterbusch 34, 33102 Paderborn,
4. Frau Stefanie Hillebrand, Raiffeisenweg 4, 59929 Brilon,

Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Cramer & Laws, Keffelker Straße 10, 59929 Brilon.

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Brilon Blatt 2921 in Abteilung III Nr. 1 für den Gläubiger Landesbank für Westfalen Girozentrale (Westfälische Landesbausparkasse) in Münster eingetragene Grundschuld über 23 800,- DM nebst Zinsen in Höhe von 10 % wird für kraftlos erklärt.

8 a II 4/09 (4/91)

Brilon, 8. 3. 2010 Amtsgericht

349. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotssache Frau Anna Margarete Richard, Papestraße 20, 59929 Brilon, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Cramer & Laws, Keffelker Straße 10, 59929 Brilon.

Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Brilon Blatt 2960 in Abteilung III Nr. 1 für die Gläubigerin Sparkasse Meschede, Zweckverbandssparkasse der Stadt Meschede und der Gemeinde Eslohe in Meschede eingetragene Grundschuld über 170 000,- DM nebst 18 % Zinsen und einer Nebenleistung von 2000,- DM sowie über die im Grundbuch von Brilon Blatt 2960

in Abteilung III Nr. 1 a für die Gläubigerin Alte Leipziger Bausparkasse Aktiengesellschaft in Oberursel mit Rang nach dem Rest eingetragene Grundschuld über 30 000,- DM nebst 18 % Zinsen und anteiliger Nebenleistung werden für kraftlos erklärt.

8 a II 3/09 (4/81)

Brilon, 8. 3. 2010 Amtsgericht

350. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Dortmund vom 22. Februar 2010 wird das Sparbuch Nr. 376117 zum Sparkonto Nr. 2374995443, geführt bei der Dortmunder Volksbank eG, Betenstraße 10 in 44137 Dortmund, mit einem Guthaben in Höhe von 9845,55 EUR auf Kosten des Antragstellers für kraftlos erklärt.

433 C 8838/09 (6/45)

Dortmund, 22. 2. 2010 Amtsgericht

351. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Dortmund vom 11. März 2010 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Dortmund B Blatt 39848 in Abteilung III Nr. 1 für die Spar- und Darlehenskasse Dortmund-Asseln eG eingetragene Grundschuld über 20 000,- DM nebst Zinsen in Höhe von 18 % und einer einmaligen Nebenleistung von 5 % für kraftlos erklärt worden.

435 C 6275/09 (6/48)

Dortmund, 11. 3. 2010 Amtsgericht

352. Die Briefe über die im Grundbuch von Hagen Blatt 9723 eingetragenen Rechte in Abteilung III Nr. 7: 50 000,- DM Grundschuld für die Spar- und Darlehnskasse eG Sprockhövel mit 17 vom Hundert Zinsen, vollstreckbar nach § 800 ZPO, vorbehalten ist der Vorrang für eine Grundschuld für die Raiffeisen- und Volksbanken Lebensversicherungsgesellschaft Wiesbaden von 60 000,- DM nebst 17 vom Hundert Zinsen und Abteilung III Nr. 8 10 000,- DM Grundschuld für die Spar- und Darlehnskasse eG Sprockhövel mit 14 vom Hundert Zinsen, werden für kraftlos erklärt.

24 C 28/09 (7/58)

Hagen, 16. 3. 2010 Amtsgericht

353. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotssache Frau Cornelia Klink, Gedulderweg 62 b, 45549 Sprockhövel, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Hasebrink und Partner, Thingstraße 11, 45527 Hattingen.

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Niedersprockhövel Blatt 2515 in Abteilung III Nr. 1

für die Gläubigerin Stadtparkasse Witten in Witten, jetzt Sparkasse Witten eingetragene Grundschuld über 125 266,51 EUR nebst Zinsen in Höhe von 18 % wird für kraftlos erklärt.

Mithaft besteht im Grundbuch von Niedersprockhövel Blatt 110A in Abteilung III Nr. 5.

23 II 2/09 (22/68)

Hattingen, 25. 2. 2010 Amtsgericht

354. Frau Monika Düngelmann, Langekampstraße 4 a, 44652 Herne, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Freund, Claudiusstraße 7, 44649 Herne, hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Wanne-Eickel Blatt 10415 in Abteilung III Nr. 5 für die Gläubigerin Dresdner Bank Aktiengesellschaft Filiale Bochum in Bochum eingetragene Grundschuld über 80 000,- DM nebst 15 % Zinsen und einer Nebenleistung von 5 % Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens bis zum 30. Juni 2010 seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

18 II 3/10 (20/68)

Herne-Wanne, 11. 3. 2010 Amtsgericht

355. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Kamen vom 4. März 2010 wird das abhandengekommene Sparbuch zu dem Sparkonto mit der Nummer 81524245, von der Volksbank Kamen-Werne eG ausgestellt auf Hildegard Meier, für kraftlos erklärt.

3 C 417/09 (23/35)

Kamen, 4. 3. 2010 Amtsgericht

356. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotsache Frau Erika Grieswald, Hautmontstraße 14, 58553 Halver, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Weißgerber, Loher Straße 19, 58511 Lüdenscheid.

Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Halver Blatt 3145 in Abteilung III Nrn. 1 und 2 und die im Grundbuch von Halver Blatt 3154 in Abteilung III Nr. 1 für die Gläubigerin Sparkasse Lüdenscheid eingetragenen Grundschulden über 100 000,- DM und 27 700,- DM nebst Zinsen in Höhe von 15 % werden für kraftlos erklärt.

90 a II 10/09 (12/65)

Lüdenscheid, 15. 3. 2010 Amtsgericht

357. Herr Friedrich Dunkel, Voerste-Dieckhof-Straße 1 b, 44357 Dortmund, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Plutta u. Partner, Am Amtshaus 18, 44359 Dortmund, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Lünen Blatt 186 in Abteilung III Nr. 1 für die Gläubigerin Stadtparkasse zu Lünen, Lünen eingetragene Hypothek über 2556,46 EUR nebst 5 % Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens bis zum 7. Juli 2010 seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

2 II 2/09 (13/61)

Lünen, 10. 3. 2010 Amtsgericht

358. In dem Verfahren zur Zwangsversteigerung eines Erbbaurechts in Lünen, Ginsterweg 5,

Grundbuchbezeichnung:

Erbbaugrundbuch von Lünen Blatt 4631

Lfd. Nr. 1:

Erbbaurecht eingetragen auf dem im Grundbuch von Lünen Blatt 4629 unter Nr. 2 des Bestandsverzeichnis verzeichneten Grundstücks

Gemarkung Horstmar Flur 4 Flurstück 287 Gebäude- und Freifläche, Ginsterweg 5, - 749 qm -,

in Abteilung II Nr. 1 für die Dauer von 99 Jahren seit dem 19. Juli 1960, vormals auf den Namen der Vollstreckungsschuldner Emilie Kluge, Erbgemeinschaft Emilie und Elke Hildegard Kluge, eingetragenes Erbbaurecht

hat die gerichtlich bestellte Betreuerin der Frau Emilie Kluge, Frau Prinz von der Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Unna, Marie-Juchacz-Straße 1, 44536 Lünen, als Beteiligte das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des unbekanntten Berechtigten von der Befriedigung aus dem Teilungsplan vom 30. September 2009 Abschnitt D/7.1 und 7.2 sowie D/8.1 und 8.2 in Verbindung mit der Feststellung des unbekanntten Berechtigten im Verteilungstermin am 30. September 2009 zugeteilten Beträgen in Höhe von 2728,31 EUR und 2018,95 EUR beantragt.

Der unbekanntte Berechtigte wird aufgefordert, sein Recht spätestens im Aufgebotstermin am Mittwoch, dem 7. Juli 2010, 11.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Lünen, Spormeckerplatz 5, 44534 Lünen, Zimmer 27, Untergeschoss, anzumelden, andernfalls seine Ausschließung von der Befriedigung aus dem zugeteilten Betrag erfolgen wird, § 140 Abs. 3 ZVG.

23 C 107/09 (13/151)

Lünen, 11. 3. 2010 Amtsgericht

359. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Menden vom 18. November 2009 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Menden Blatt 5114 in Abteilung III Nr. 1 für die Sparkasse Menden eingetragene Grundschuld über 100 000,- DM nebst 12 % Zinsen für kraftlos erklärt worden.

4 C 374/09 (27/41)

Menden, 8. 1. 2010 Amtsgericht

360. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Menden vom 7. Dezember 2009 sind die Grundschulden- und Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Langenholthausen Blatt 12 (Amtsgericht Menden) in Abteilung III Nrn. 1 und 2 für die Stadt-Sparkasse in Balve sowie für die Sparkasse Balve, Zweckverbandssparkasse Balve, Beckum und Garbeck eingetragene Grundschuld und Hypothek über 20 000,- DM bzw. 6000,- DM nebst 6,5 % bzw. 10 % Zinsen für kraftlos erklärt worden.

3 C 100/09 (27/51)

Menden, 22. 1. 2010 Amtsgericht

361. Durch Ausschlussurteil des Amtsgerichts Menden vom 9. Dezember 2009 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Beckum Blatt 227 (Amtsgericht Menden) in Abteilung III Nr. 1 für die Deutsche Eisen-

bahn-Versicherungskasse, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Sitz Berlin, Betriebliche Sozial-einrichtung der Deutschen Bundesbahn eingetragen Hypothek über 75 000,- DM nebst 7,25 %, unter Umständen 8,25 % Jahreszinsen und 0,5 % Verwaltungs-kostenbeitrag jährlich für kraftlos erklärt worden.

3 C 167/09 (27/55)

Menden, 22. 1. 2010 Amtsgericht

362. Frau Petra Bierowiec, Andreasstraße 26, 59909 Bestwig, Antragstellerin, hat das Aufgebot des abhand-gekommenen Sparbuchs mit der Nummer 31844 zu dem Sparkonto mit der Nummer 69173740 von der Volksbank Reiste-Eslohe eG, ausgestellt auf Alfons Vollmer, beantragt.

Der Inhaber der Sparurkunde wird aufgefordert, spä- testens bis zum 30. Juni 2010 seine Rechte anzumel- den und die Sparurkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

12 II 10/09 (14/55)

Meschede, 11. 3. 2010 Amtsgericht

363. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotssache Frau Ursula Nieder, Bundesstraße 74, 59909 Bestwig, Antragstellerin, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsan- wälte Wigge, Wiese & Marx, Kaiser-Otto-Platz 5, 59872 Meschede.

Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Velmede Blatt 15 in Abteilung III Nrn. 1, 2, 3 und 6 für die Gläubigerin Sparkasse der Gemeinden des Amtes Bestwig (III/1, 2 und 3) und Sparkasse Bestwig (III/6) eingetragenen Grundschulden über 4000,- DM (III/1), 15 000,- DM (III/2), 15 000,- (III/3) und 15 000,- DM (III/6) nebst Zinsen in Höhe von 9 % (III/1), 10 % (III/2 und III/3) und 12 % (III/6) werden für kraftlos erklärt.

12 II 2/09 (14/68)

Meschede, 26. 2. 2010 Amtsgericht

364. Ausschließungsbeschluss in der Aufgebotssache

1. Frau Maria Reineke geborene Brolle, Kirchstraße 20, 59909 Bestwig,

2. Frau Christine Reineke geborene Brolle, Kirchstraße 20, 59909 Bestwig,

Antragstellerinnen, Verfahrensbevollmächtigte: Rechts- anwälte Laws und Partner, Keffelker Straße 10, 59929 Brilon.

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Nuttlar Blatt 218 in Abteilung III Nr. 1 für die Gläubi- gerin Sparkasse Bestwig in Bestwig eingetragene Grund- schuld über 3750,- DM nebst Zinsen in Höhe von 8 % wird für kraftlos erklärt.

12 II 8/09 (14/71)

Meschede, 11. 3. 2010 Amtsgericht

365.

1. Herr Heinrich-Wilhelm Henning, Schillerstraße 9, 58239 Schwerte,

2. Frau Christa-Maria Henning, Schillerstraße 9, 58239 Schwerte,

Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigte: Rechts- anwälte Kerber, Dr. Eickelberg und Kersting, Hage- ner Straße 13, 58239 Schwerte, haben das Aufgebot der Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Geisecke Blätter 392 und 403 in Abteilung III jeweils Nrn. 1 und 3 für die Gläubigerin Wüstenrot Bank Akti- engesellschaft in Ludwigsburg eingetragenen Gesamt- grundschulden über 120 000,- DM nebst 12 % Zinsen und 46 300,- DM nebst 7 % Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätes- tens bis zum 30. September 2010 seine Rechte anzu- melden und die Urkunden vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt werden.

14 II 4/10 (31/88)

Schwerte, 15. 3. 2010 Amtsgericht

366. Herr Erich Schanko, Wasserstraße 48, 58239 Schwerte, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schauwienold, Beethovenstraße 15, 58452 Witten, hat das Aufgebot des Grundschuldbrie- fes über die im Grundbuch von Westhofen Blatt 45 A in Abteilung III Nr. 4 für den Gläubiger Erich Schan- ko, Wasserstraße 48, 58239 Schwerte, eingetragene Grundschuld über 15 338,76 EUR nebst 14 % Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens bis zum 30. September 2010 seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

14 II 2/10 (31/68)

Schwerte, 9. 3. 2010 Amtsgericht

367. Herr Jürgen Woeger, Waldstraße 4, 91189 Rohr, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Kresing pp., Rosenstraße 3, 59494 Soest, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des Briefes über die im Grundbuch von Sassendorf Blatt 1069 eingetragene Hypothek Abteilung III laufende Nr. 1 über 50 000,- DM nebst zehn vom Hundert Jahreszinsen zugunsten der Eisenbahn-Spar- und Darlehenskasse Essen e. G. in Essen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 18. August 2010, 9.00 Uhr, Amtsgericht Soest, Nöttenstraße 28, 1. Stock, Saal 3 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumel- den und die Urkunde vorzulegen, da sonst die Urkunde für kraftlos erklärt werden kann.

13 C 260/09 (17/75)

Soest, 16. 3. 2010 Amtsgericht

368. Frau Erika Leimbach, Friedrichstraße 3, 59505 Bad Sassendorf, Antragstellerin, Verfahrensbevoll- mächtigter: Rechtsanwalt Heinz-H. Ruhmann, hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die im Grund- buch von Sassendorf Blatt 938 in Abteilung III Nr. 4 für die Gläubigerin Westdeutsche Landesbank Girozentra- le (Landes-Bausparkasse) in Düsseldorf und Münster eingetragene Grundschuld über 6000,- DM nebst 10 % Jahreszinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens binnen vier Monaten seine Rechte anzumelden und die

Urkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

8 II 7/10

(17/68)

Soest, 15. 3. 2010

Amtsgericht

369. Die Volksbank Beckum eG, Südstraße 15, 59269 Beckum, Antragstellerin, hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Lippetal Blatt 1861 in Abteilung III Nr. 1 für die Gläubigerin Volksbank Lippborg eG in Lippetal-Lippborg eingetragene Grundschuld über 10 000,- DM nebst 9 % unter Umständen 11 % Jahreszinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens binnen vier Monaten seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt wird.

8 II 1/10

(17/61)

Soest, 15. 3. 2010

Amtsgericht

370. Herr Josef Schulte, Westenfeld 7, 59590 Geseke, Antragsteller, Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Brüggemann, Hauptstraße 88, 59581 Warstein, hat das Aufgebot der Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Warstein Blatt 1886 in Abteilung III Nrn. 1-4 für die Gläubigerin Verbandssparkasse der Städte Warstein und Belecke in Warstein eingetragenen Grundschulden über a) 10 000,- DM (Abt. III Nr. 1), b) 10 000,- DM (Abt. III Nr. 2), c) 15 000,- DM (Abt. III Nr. 3) und d) 16 000,- DM (Abt. III Nr. 4) nebst jeweils 10 % Zinsen beantragt.

Die Rechte waren ehemals eingetragen im Grundbuch von Warstein Band 70 Blatt 1519 in Abteilung III Nrn. 1-4 in Höhe von 10 000,- DM (Abt. III Nr. 1), 10 000,- DM (Abt. III Nr. 2), 15 000,- DM (Abt. III Nr. 3) und 16 000,- DM (Abt. III Nr. 4).

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens bis zum 30. Juni 2010 seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt werden.

8 a II 3/10

(32/95)

Warstein, 16. 3. 2010

Amtsgericht

371. Frau Katharina Seiff, vertreten durch Herrn Wolfgang Widders, Weissdorfnweg 54, 53757 Sankt Augustin, vertreten durch Rechtsanwalt Gerber, Goethestraße 4 a, 58313 Herdecke, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wetter Blatt 538 in Abteilung III Nrn. 1 und 2 für die Gläubigerin BHW Bausparkasse AG in Hameln eingetragenen Hypotheken über laufende Nr. 1: 8700,- DM, laufende Nr. 2: 3800,- DM nebst bis 10 vom Hundert Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens bis zum Freitag, den 13. August 2010 Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da sie sonst für kraftlos erklärt werden.

31 II 2/10

(34/71)

Wetter, 14. 3. 2010

Amtsgericht

Güterrechtsregistersachen

372. 32 GR 12297. Eheleute Mehmet Özmen, geboren am 1. 7. 1978, Dortmund, und Hacer Özmen-Keskin geb. Keskin, geboren am 3. 10. 1980, Dortmund. Durch Ehevertrag vom 4. März 2010 ist Gütertrennung vereinbart.

Dortmund, 10. 3. 2010

Amtsgericht (6/31)



Foto: Ch. Krackhardt

Ein Zuhause für die Ausgestoßenen

Bitte helfen Sie mit, ihnen eine Chance für ein
besseres Leben zu geben.

Konto 500 500 500
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart

**Brot
für die Welt**
www.brot-fuer-die-welt.de

Einrückungsgebühren für eine Veröffentlichung im Umfang von:

bis 100 mm = 0,40 € pro mm,

bis 300 mm = 0,30 € pro mm,

über 300 mm = 0,29 € pro mm.

Die genannten Preise enthalten 7 % Mehrwertsteuer.

Herausgeber: Bezirksregierung Arnsberg, 59817 Arnsberg, Postfach, Tel. (0 29 31) 82 26 20, Telefax (0 29 31) 8 24 03 86

Druck, Verlag und Vertrieb:

F. W. Becker GmbH

Grafenstraße 46 · 59821 Arnsberg

Tel. 0 29 31/52 19-0 · Fax 0 29 31/52 19-33



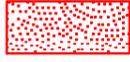
Einsendungen für den Öffentlichen Anzeiger sind nur an die Bezirksregierung

– Reg.-Amtsblatt – in 59817 Arnsberg, Postfach, zu richten. Redaktionsschluss: Freitag der Vorwoche, 12.00 Uhr.

**Schutzgebietskarte
zu Fisch- und Laichschonbezirken
an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-,
Lister- und Biggetalsperre**



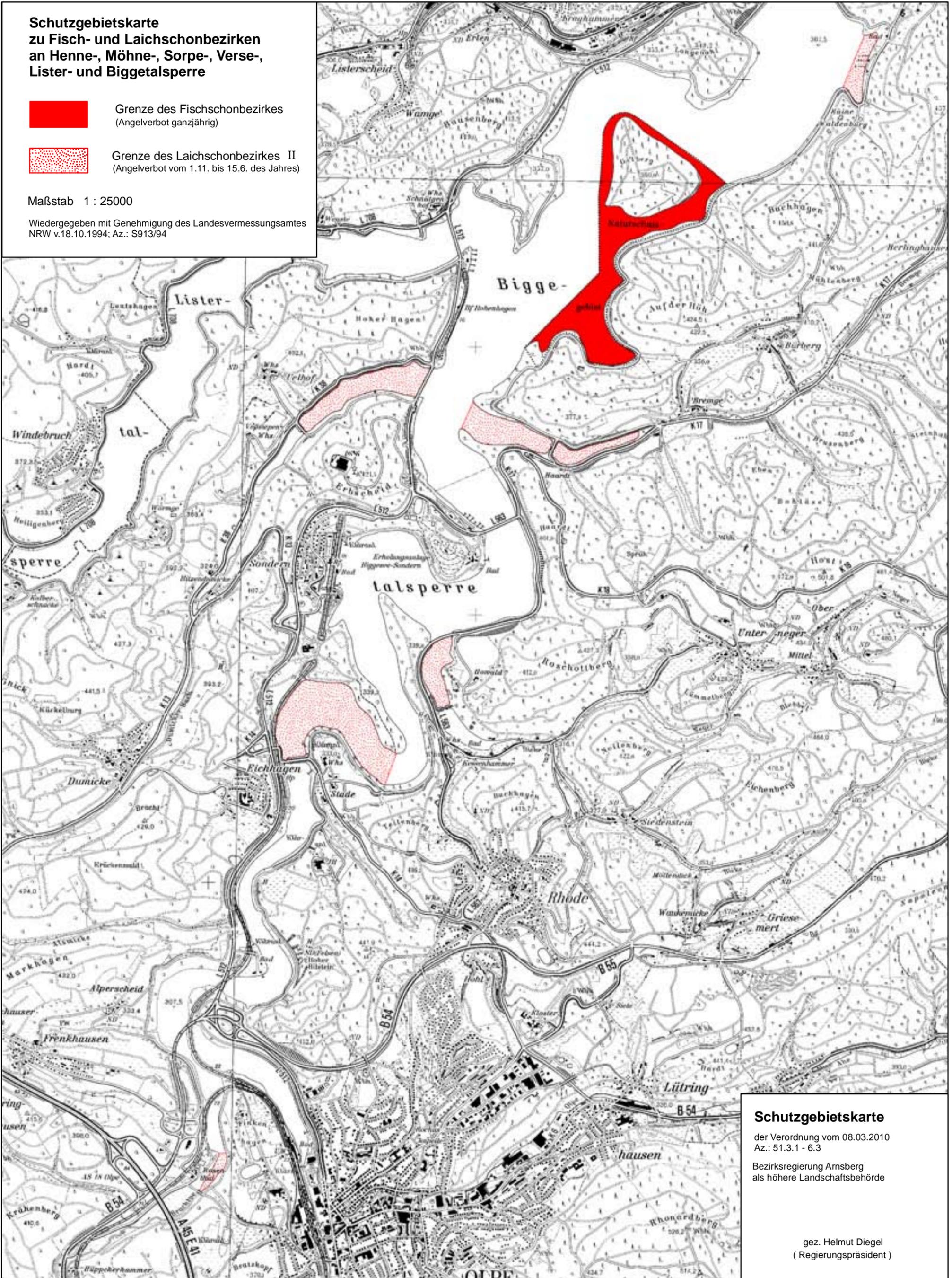
Grenze des Fischschonbezirkes
(Angelverbot ganzjährig)



Grenze des Laichschonbezirkes II
(Angelverbot vom 1.11. bis 15.6. des Jahres)

Maßstab 1 : 25000

Wiedergegeben mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes
NRW v.18.10.1994; Az.: S913/94

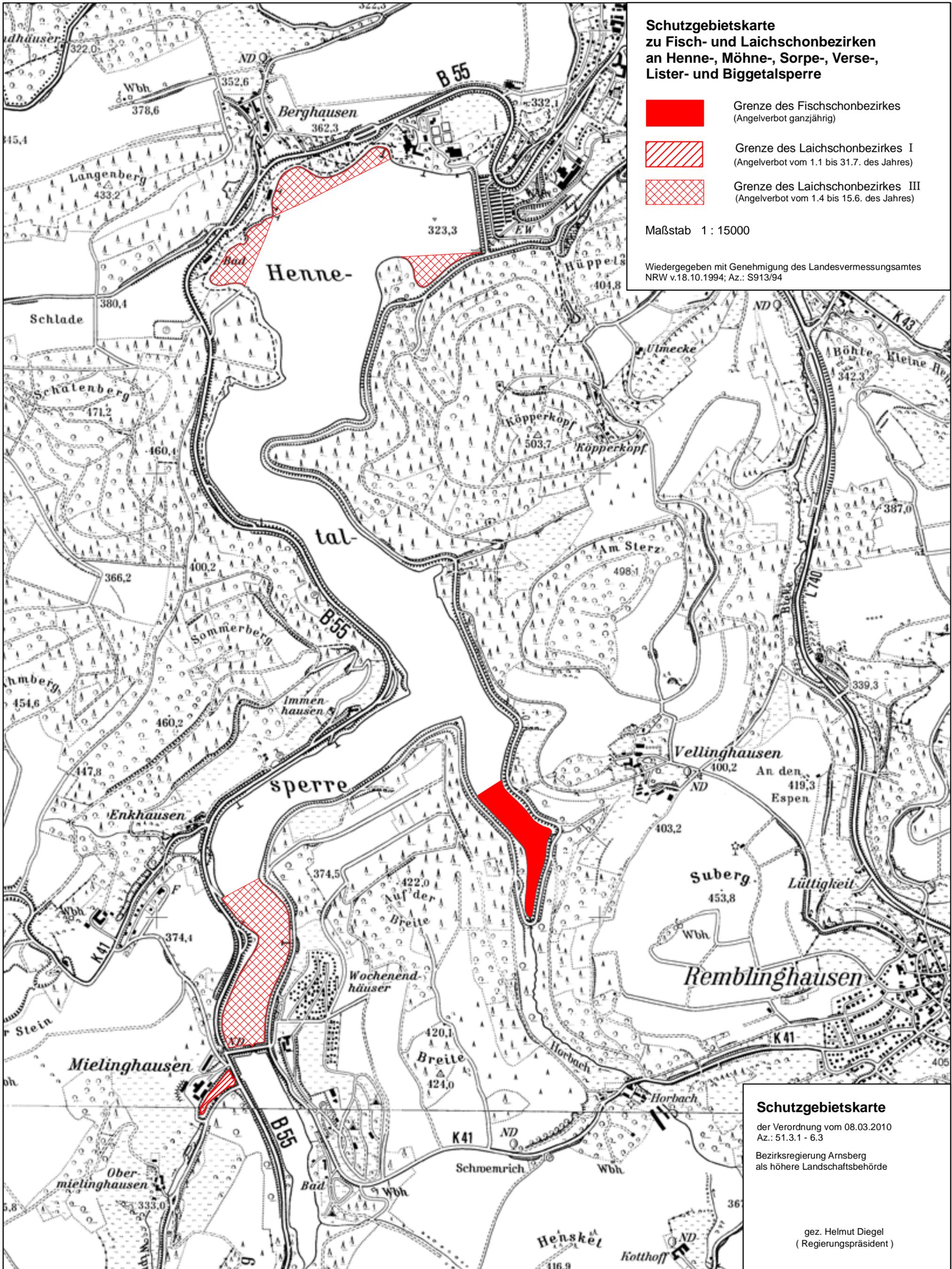


Schutzgebietskarte

der Verordnung vom 08.03.2010
Az.: 51.3.1 - 6.3

Bezirksregierung Arnsberg
als höhere Landschaftsbehörde

gez. Helmut Diegel
(Regierungspräsident)



**Schutzgebietskarte
zu Fisch- und Laichschonbezirken
an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-,
Lister- und Biggetalsperre**

- Grenze des Fischschonbezirkes
(Angelverbot ganzjährig)
- Grenze des Laichschonbezirkes I
(Angelverbot vom 1.1 bis 31.7. des Jahres)
- Grenze des Laichschonbezirkes III
(Angelverbot vom 1.4 bis 15.6. des Jahres)

Maßstab 1 : 15000

Wiedergegeben mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes
NRW v.18.10.1994; Az.: S913/94

Schutzgebietskarte

der Verordnung vom 08.03.2010
Az.: 51.3.1 - 6.3

Bezirksregierung Arnsberg
als höhere Landschaftsbehörde

gez. Helmut Diegel
(Regierungspräsident)

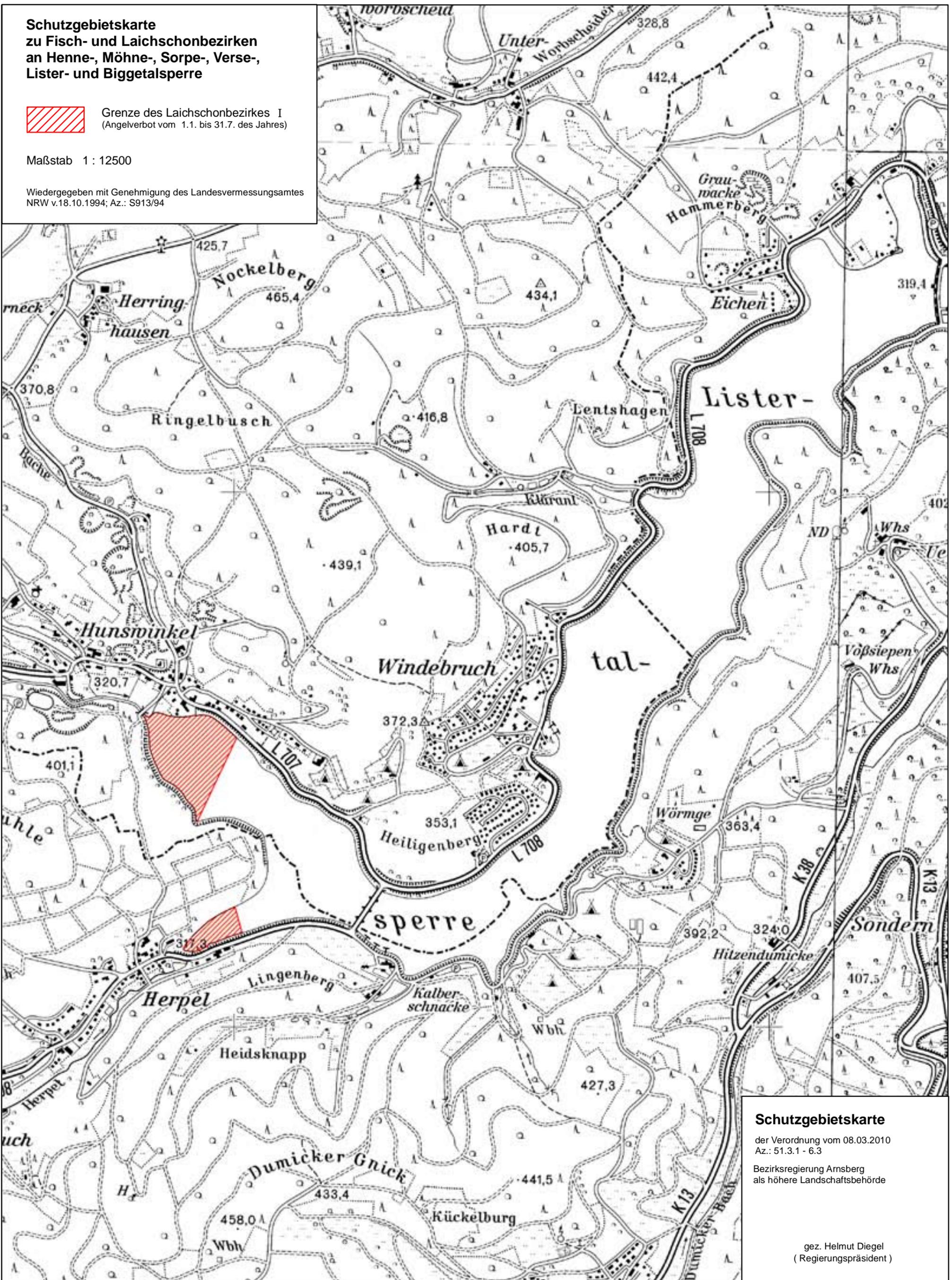
**Schutzgebietskarte
zu Fisch- und Laichschonbezirken
an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-,
Lister- und Biggetalsperre**



Grenze des Laichschonbezirkes I
(Angelverbot vom 1.1. bis 31.7. des Jahres)

Maßstab 1 : 12500

Wiedergegeben mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes
NRW v.18.10.1994; Az.: S913/94

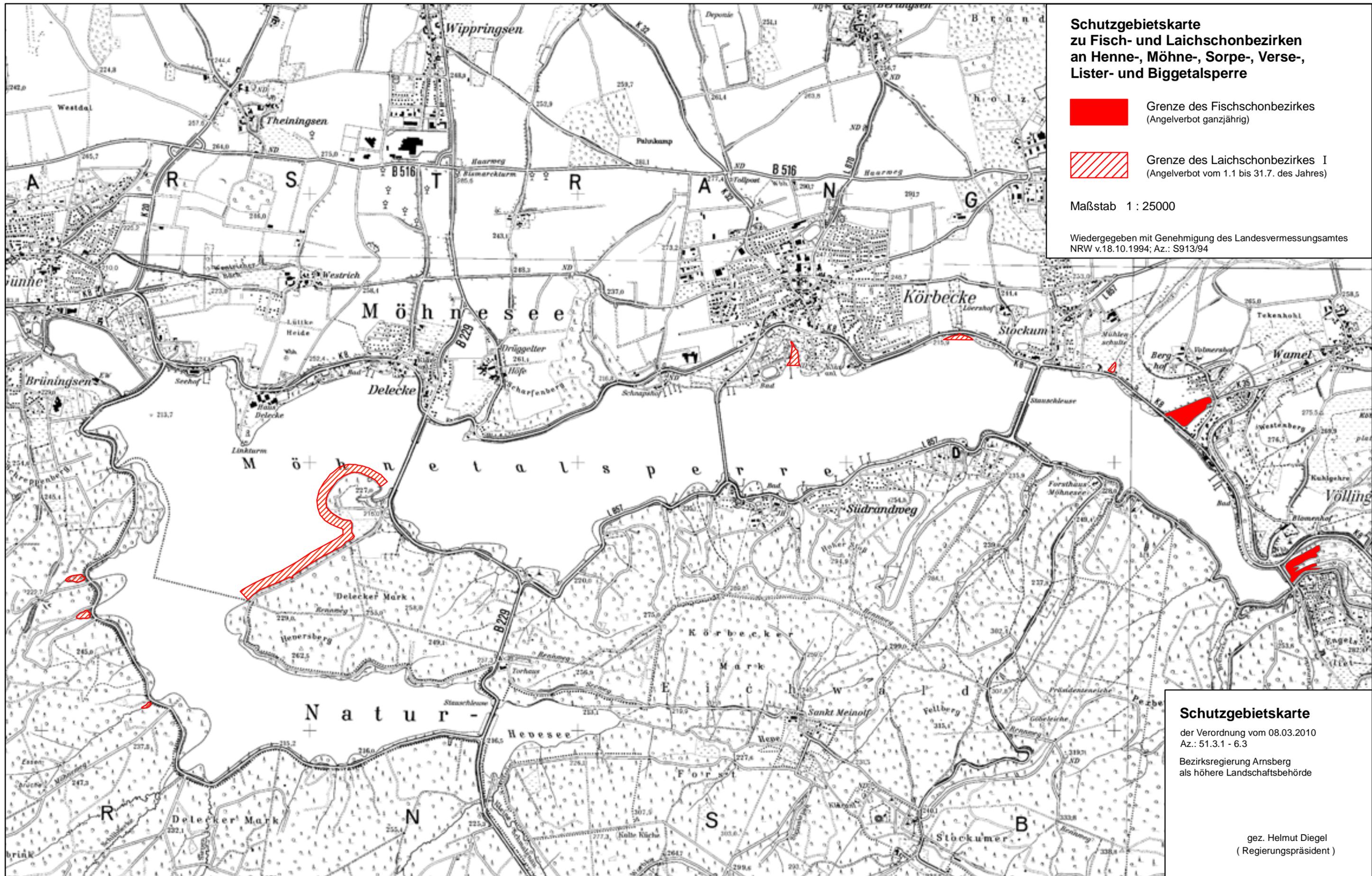


Schutzgebietskarte

der Verordnung vom 08.03.2010
Az.: 51.3.1 - 6.3

Bezirksregierung Arnsberg
als höhere Landschaftsbehörde

gez. Helmut Diegel
(Regierungspräsident)



**Schutzgebietskarte
zu Fisch- und Laichschonbezirken
an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-,
Lister- und Biggetalsperre**

 Grenze des Fischschonbezirkes
(Angelverbot ganzjährig)

 Grenze des Laichschonbezirkes I
(Angelverbot vom 1.1 bis 31.7. des Jahres)

Maßstab 1 : 25000

Wiedergegeben mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes
NRW v.18.10.1994; Az.: S913/94

Schutzgebietskarte

der Verordnung vom 08.03.2010
Az.: 51.3.1 - 6.3

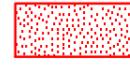
Bezirksregierung Arnsberg
als höhere Landschaftsbehörde

gez. Helmut Diegel
(Regierungspräsident)

**Schutzgebietskarte
zu Fisch- und Laichschonbezirken
an Henne-, Möhne-, Sorpe-, Verse-,
Lister- und Biggetalsperre**



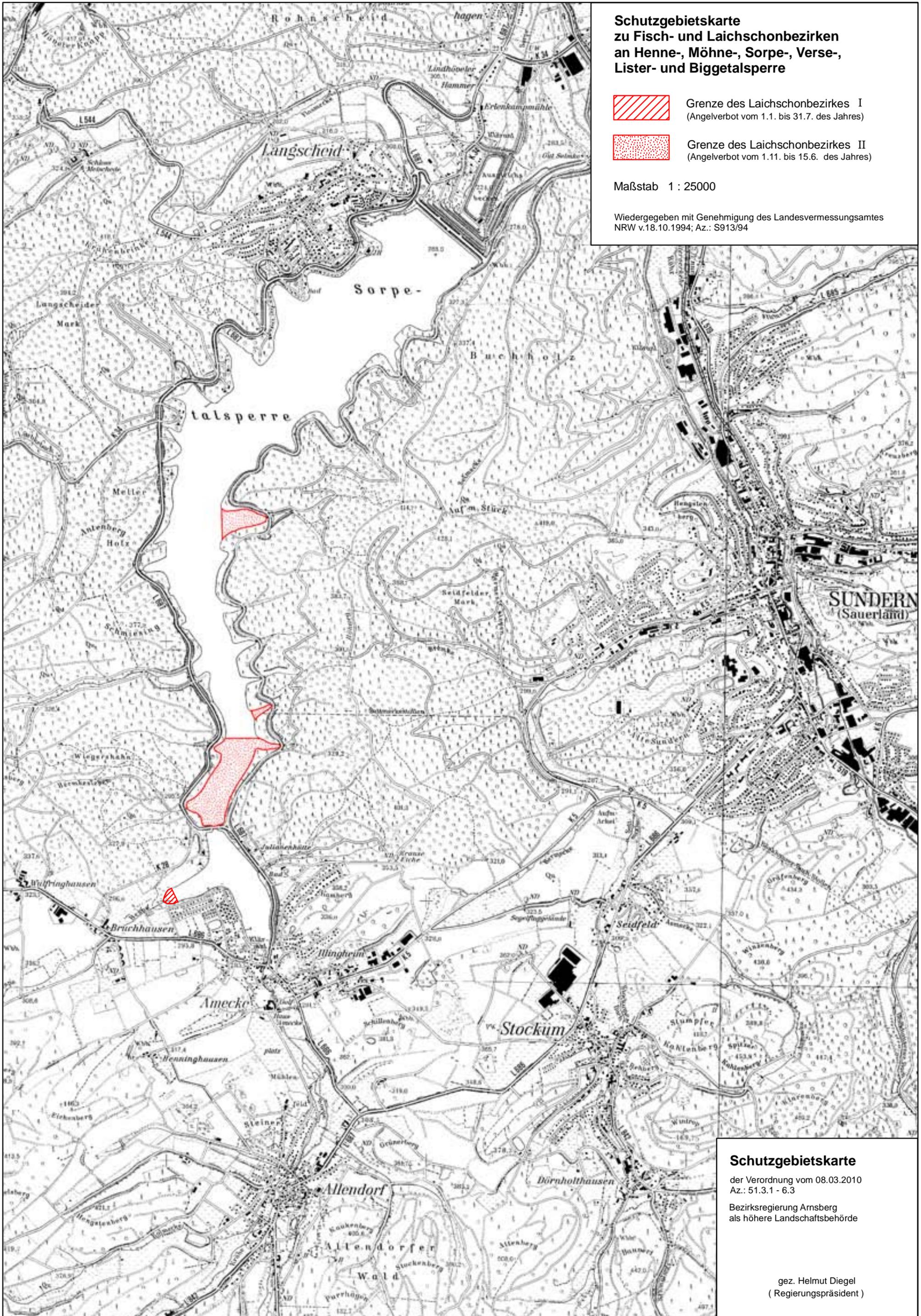
Grenze des Laichschonbezirkes I
(Angelverbot vom 1.1. bis 31.7. des Jahres)



Grenze des Laichschonbezirkes II
(Angelverbot vom 1.11. bis 15.6. des Jahres)

Maßstab 1 : 25000

Wiedergegeben mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes
NRW v.18.10.1994; Az.: S913/94



Schutzgebietskarte

der Verordnung vom 08.03.2010
Az.: 51.3.1 - 6.3

Bezirksregierung Arnsberg
als höhere Landschaftsbehörde

gez. Helmut Diegel
(Regierungspräsident)